

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 26. Januar 2026

Free Iran: Wir stehen an der Seite der Freiheitskämpfer im Iran

Seit dem 28. Dezember gehen Iranerinnen und Iraner im ganzen Land zu Hunderttausenden auf die Straße, um gegen politische Unterdrückung und für ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung zu demonstrieren. Was als Protest gegen die katastrophale wirtschaftliche Lage begann, ist zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung geworden. Die Reaktion des Mullah-Regimes ist brutal: Tausende Menschen wurden getötet, zahlreiche Demonstranten verletzt oder verhaftet. Verlässliche Zahlen gibt es nicht, weil das Regime unabhängige Berichterstattung und soziale Medien systematisch unterdrückt. Menschenrechtsorganisationen sprechen allerdings bereits jetzt von Massakern und von Massenmord. Was sich im Iran abspielt, ist ein Existenzkampf.

Deutschland und Europa müssen endlich handeln: Die Bundesregierung muss darauf drängen, die Sanktionspolitik gegen den Iran zu verschärfen und das Mullah-Regime auf allen Ebenen umfassend zu isolieren, um die mutigen Freiheitskämpfer bestmöglich zu unterstützen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten besteht eine echte Chance auf politischen Wandel und Freiheit für die Menschen im Iran. Als Freie Demokraten stehen wir eng an ihrer Seite.

1. Die Freien Demokraten fordern das iranische Regime auf, die Gewalt und Unterdrückung der Proteste unverzüglich einzustellen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unverzüglich im Iran umzusetzen, insbesondere das Recht auf Leben und Freiheit, das Verbot der Folter und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Alle Gefangenen, die infolge der friedlichen Proteste verhaftet wurden, müssen umgehend freigelassen werden.
2. Die Freien Demokraten fordern von der Bundesregierung die sofortige Ausweisung des iranischen Botschafters und Herunterstufung der diplomatischen Beziehungen auf Geschäftsträgerebene. Zudem dürfen Mitgliedern der Revolutionsgarde sowie ranghohen Mitgliedern des Regimes keine Visa mehr ausgestellt werden.
3. Die Freien Demokraten fordern die Bundesregierung und die Europäische Union auf, das Mullah-Regime international auf allen Ebenen so umfassend wie möglich wirtschaftlich, finanziell und diplomatisch zu isolieren.
4. Die Freien Demokraten fordern die Bundesregierung und die Europäische Union auf, die Sanktionspolitik gegenüber dem Iran konsequent weiterzuführen und zu verstärken. Dies gilt

insbesondere hinsichtlich Waren und Dienstleistungen, welche im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Russland (etwa beim Bau von Kamikazdrohnen) sowie zwischen dem Iran und der Hamas bzw. vergleichbarer Organisationen dazu genutzt werden könnten, gegen Israel oder die Ukraine eingesetzt zu werden.

5. Zudem müssen die Sanktionen auf Sicherheitskräfte, Revolutionsgarden, Leiter der Polizeistationen und Gefängnisse, Richter und Agenten des Organs, welches die Verhaftungen und Verhöre durchführt, ausgeweitet werden.
6. Die Freien Demokraten fordern die Bundesregierung und Europäische Union auf, alle Gelder einzufrieren, deren Herkunft auf die Revolutionsgarden oder andere Angehörige des Regimes zurückzuführen ist.
7. Die Freien Demokraten fordern ein sofortiges nationales Betätigungsverbot der iranischen Revolutionsgarden in Deutschland. Zudem muss die Bundesregierung in der Europäischen Union die Einstufung der Revolutionsgarden als Terrororganisation konsequent vorantreiben. Rechtlich gibt es dafür keine Hürde mehr, weil erstmals ein Urteil eines EU-Mitgliedstaats – zuletzt eines deutschen Gerichts – eine konkrete terroristische Betätigung der Revolutionsgarden festgestellt hat und damit die bislang fehlende rechtliche Grundlage für ein nationales Betätigungsverbot und eine EU-weite Terrorlistung vorliegt.
8. Die Freien Demokraten fordern Technologie- und Satellitenanbieter auf, alle rechtlich zulässigen Maßnahmen zu prüfen, um iranischen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu Kommunikationsdiensten zu ermöglichen und eine missbräuchliche Nutzung ihrer Plattformen zur Repression zu verhindern.
9. Die Freien Demokraten fordern die Bundesregierung auf, Gespräche mit demokratischen Menschenrechtsorganisationen sowie Vertretern der Opposition im Iran aufzunehmen, um ein klares Zeichen der Unterstützung zu senden.
10. Die Freien Demokraten fordern den Iran auf, das Existenzrecht Israels anzuerkennen und alle feindlichen Handlungen gegenüber Israel unverzüglich einzustellen.